Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Ollenhauer, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4285/4286

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Zeitungs-Verlag GmbH, Lindenstraße 3
Drahtanschrift: Sozialdienst

Die Zeitung erscheint an Werktagen.
Der Bezugspreis beträgt monatlich 3,60 RM einschließlich 0,54 RM Postgebühren zuzüglich 36 Rpf. Postzeitungsgebühr.

Berlin, den 11. Oktober 1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Papens Echo.

Die Gewaltaktion gegen Preussen in süddeutschem Licht.

SPD. Eine Zeitung, die der Regierung Papen Verfassungsbruch vorwirft, wird verboten. Einer Versammlung, in der ein Redner der Regierung Papen Verfassungsbruch vorwirft, droht die polizeiliche Auflösung.

Jetzt hat nun das Stuttgarter "Deutsche Volksblatt", ein Zentrumsorgan, das dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz besonders nahesteht, die jüngste Aktion des Reichskabinetts gegen Preussen als Verfassungsverletzung und als Missachtung des Spruchs des Staatsgerichtshofs bezeichnet, und der bayerische Ministerpräsident Held hat sich in öffentlichen Versammlungen zu Würzburg und Stuttgart noch wesentlich schärfer geäussert. In Würzburg erklärte er, eine Reichsreform, wie sie jetzt betrieben werde, sei Verfassungsbruch, und in Stuttgart rief er aus, dass die Regierung Papen drauf und dran sei, mit Gewalt durchzuführen, was nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs nicht vertretbar sei; wer das, was jetzt in Preussen geschehe, für mit der Verfassung vereinbar halte, solle sich seine Dummheit versteuern lassen. Herr Held hat seinen Glauben an das Kabinett Papen verloren, und er fühlt sich als bayrischer Ministerpräsident verpflichtet, "öffentlich gegen Papen aufzutreten und zum Kampf gegen seine Massnahmen aufzufordern".

Wird nun die Reichsregierung gegen das Stuttgarter Volksblatt und gegen den bayrischen Ministerpräsidenten einschreiten? Ist nicht vor allem in Bayern die Ordnung und Sicherheit erheblich bedroht, wenn der leitende Staatsmann des Landes zum Kampfe gegen den Reichskanzler auffordert? Man hat, als man den Vorstoss gegen Preussen unternahm, wesentlich harmlosere Reden Severings als Verletzung der Pflicht gegenüber dem Reich ausgelegt. Wird man jetzt Bayern gegenüber ebenfalls den Artikel 48 in Anwendung bringen?

Wir zweifeln, obwohl die Worte Helds geradezu wie eine Herausforderung klingen. Wir zweifeln, weil Papen auch jetzt den Versuch noch nicht aufgeben wird, durch eine Sonderbehandlung der süddeutschen Staaten Preussen und die Regierung Braun zu isolieren. Dieses Bemühen ist zwar aussichtslos, aber Herr von Papen sagt sich nicht mit Unrecht, dass Folgerichtigkeit in diesem Fall verhängnisvolle Wirkungen ausüben würde.

Aber wenn er in Bayern unterlässt was er in Preussen unternimmt, beweist er damit aufs neue, dass es ihm in Preussen nicht um die Ordnung und Sicherheit sondern um andere Dinge zu tun ist. Der Artikel 48 wird benutzt, um das, was diese Regierung eine Reichsreform nennt, durchzuführen. Damit allein schon gerät er in den denkbar schärfsten Widerspruch zum Sinn der Verfassung, die wie auch Professor Anschütz in der neuesten Auflage seines Kommentars trotz einer sehr weiten Auslegung des Artikels 48 feststellt, nur vorübergehende Massnahmen gestattet und nur solche, die zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit tatsächlich notwendig sind. "Ein über Artikel 48 hinausragendes, an seine

Vorschriften nicht gebundenes, gleichsam naturrechtliches "Staatsnotrecht" des Reichspräsidenten, der Reichsregierungen oder der Landesregierungen" besteht nicht.

Ganz gleichgültig indessen welches die wahren Absichten der Papenregierung sind, ganz gleichgültig auch, wie sie sich gegenüber den süddeutschen Staaten verhält - die Reden von Würzburg und von Stuttgart zeigen, wohin das Staatsschiff unter der "grundsätzlich neuen Führung" treibt. Die Schritte, die unternommen worden sind, um die Autorität der verfassungsmässigen Preussenregierung zu erschüttern, laufen immer mehr auf eine schwere Erschütterung der Autorität der Reichsregierung hinaus. Darüber brauchten wir nicht betrübt zu sein, wenn es nur um Papen und sein Kabinett ginge. Aber es wird ein Zustand geschaffen, der nicht nur die derzeitige Verwaltung des Staatsgutes, sondern auch das Staatsgut selber in die grösste Gefahr bringt. Wenn sich die Einzelstaaten gezwungen sehen, durch den Mund ihrer Minister dem Reiche öffentlich Rechtsverletzung vorzuwerfen und dem Reichskanzler offen den Kampf anzusagen, dann ist die Einheit des Reiches nicht nur bedroht, sondern im Grunde nicht mehr vorhanden.

Die Frage aber muss gestellt werden, ob der Reichspräsident nicht erkennt wohin die Politik seines Kanzlers das Land und ihn selber führt. Er ist neben dem Reichstag Hüter der Verfassung. Er soll Schaden vom deutschen Volke abwehren. Er kann nicht zugeben, dass ein Kabinett, das sich auf ihn beruft, die Grundlagen des Reiches unterhöhlt, an dessen Spitze er steht.

SPD. Frankfurt/M., 1.Nov. (E.gDrahte)

Der frühere Kommunist Josef Dünner, lange Zeit Führer der kommunistischen Studen in Hessen-Nassau und Hessen, ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Die KPD hatte Dünner ausgeschlossen, weil er die Einheitsfront der Arbeiterschaft propagierte und in einer Protestversammlung der Studenten gegen die Nazikrawalle an der Frankfurter Universität neben einem sozialistischen Studenten referiert hat.

Dünner begründet seinen Eintritt in die Sozialdemokratie mit einem Brief, in dem es u.a. heisst: "In dieser Situation, da die deutsche Arbeiterschaft in breitester Einheitsfront zur Gegenwehr schreiten muss, weiss die KPD,die sich die Partei des Proletariats nennt, nichts Besseres zu tun, als "den Hauptschlag gegen die SPD" zu führen. Dieser Beschluss, den die deutsche Arbeiterklasse dem 12.Plenum der Exekutive der Kommunistischen Internationale, d.h. Stalin, zu "verdanken" hat, wärmt die alte Theorie vom "Sozialfaschismus" wieder auf. Die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse ist die Einheit ihrer sozialistischen Kaders. Nachdem die Bezirksleitung der KPD für Hessen-Frankfurt mich ausgeschlossen hatte, weil ich gegen ihren Willen die Einheitsfront der Arbeiterklasse propagierte, war ich lange unschlüssig, wohin ich gehen sollte. In die Splittergruppen durfte der Weg nicht führen. Sie sind objektiv schädlich. Ich weiss, dass in den freien Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie Millionen sozialistischer Proletarier sind. Diesen Millionen schliesse ich mich heute an zum Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse, für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, für den Sieg des Sozialismus."

SPD. Die Zentrale der KPD betreibt den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse im Grossen. Ihre Parole: "den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie" bedeutet die Fortsetzung der Spaltungstaktik, die Sabotage der Herausbildung einer geschlossenen Klassenfront der Arbeiterschaft gegen die soziale und politische Reaktion. Was die Zentrale der KPD im grossen betreibt, be-

sorgen ihre Funktionäre im Lande im kleinen. Eine Fülle von Schurkenstreichen gegen die Arbeiterinteressen, von Lumpereien kleineren und grösseren Stils ist die Folge der verräterischen Parole der KPD-Zentrale. Dabei gerieten die KPD-Funktionäre in höchst bedenkliche Nachbarschaft zu den Hitlergarden.

Wir greifen zwei typische Fälle der Sabotage der einheitlichen Klassenfront heraus. Im Saargebiet hatte Gewerkschaftssekretär Kaub im Mitteilungsblatt des Einheitsverbandes in einer Betrachtung über die Kampfaussichten der Arbeiterschaft das Zusammengehen von SPD und KPD erörtert. Die sogenannte "Arbeiterzeitung", das Organ der Kommunisten im Saargebiet, antwortete darauf "Es gibt in keinem Falle ein Zusammengehen von KPD und SPD, auch nicht, wenn wir die akutesten Fragen aufrollen, den Kampf der Bergarbeiter gegen den Lohnabbau." Noch im akutesten Kampf, noch in der unmittelbaren Auseinandersetzung gegen den Klassenfeind geht den Kommunisten der Hass gegen die Sozialdemokratie über die Kampfinteressen des Proletariats!

In Wilkau in Sachsen, einem Arbeiterort in der Nähe von Zwickau, gibt es in der Gemeindeverwaltung eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Gemeinde hat einen sozialdemokratischen Bürgermeister, der jederzeit das Vertrauen der Arbeiterschaft gerechtfertigt hat, und deswegen von den Nationalsozialisten auf das heftigste bekämpft wird. Der Bürgermeister stellte sich zur Wiederwahl. Die Kommunisten aber schlugen die proletarische Mehrheit. Sie stimmten gegen die Wiederwahl - auf Befehl ihrer Zentrale und erzwangen die Ausschreitung der Stelle. Sie habendamit erwiesen, dass sie nichts anderes sind als die Steigbügelhalter der Nazis!

Bei solcher Haltung der Kommunisten ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Nationalsozialisten ihre Hoffnungen auf die Kommunisten setzen. Die Nazis haben das richtige Gefühl dafür, wie sehr die verräterische Haltung der Kommunisten den Auftraggebern der braunen Kapitalsknechte nützt! In einer Nazi-Versammlung in Heider bei Aschaffenburg sprach der Nazi-Landtagsabgeordnete Wohlgemuth aus Aschaffenburg, seines Zeichens Steuerpraktikant. Als er empfand, dass seine Deklamationen ohne Eindruck blieben, rief er aus:

"Wenn Sie schon nicht nationalsozialistisch wählen wollen, dann ist es besser, Sie wählen kommunistisch und nicht sozialdemokratisch!"

Wir haben es bei früheren Wahlkämpfen erlebt, dass prominenteste Führer der KPD den Arbeitern zugerufen haben: "Wenn ihr schon nicht kommunistisch wählen wollt, dann wählt lieber Hakenkreuz statt SPD!" Jetzt hören wir dieselbe Parole von der anderen Seite!

Diese Parole und der Hass, der daraus spricht, ehrt die Sozialdemokratische Partei! Aber muss nicht jedem ehrlichen Arbeiter die Schamröte ins Gesicht steigen bei dem Gedanken, dass die Parole der Zentrale der KPD "den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie" zugleich die Parole der Nationalsozialisten ist? Muss nicht jeder kommunistische Arbeiter das Vertrauen, das die Nazis in die KPD setzen, wie einen Faustschlag ins Gesicht, wie eine Entehrung empfinden?

Der Faschismus sucht die Bundesgenossenschaft der KPD gegen die Partei der Arbeiterschaft, gegen die Sozialdemokratie, und die KPD - gewährt sie ihnen!

Gebt am 6.November die Antwort auf diesen Verrat! Wählt sozialdemokratisch! Wählt Liste 2!

SPD. Hamburg, 1.Nov. (Eig.Drahtb.)

Die blutigen Zusammenstösse, die am Sonntag zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten an der Wandsbecker Grenze zu verzeichnen waren, haben inzwischen zwei Todesopfer gefordert. Zwei Kommunisten, die schwer verletzt wurden, sind gestorben.

SPD. Das preussische Staatsministerium tritt am Mittwoch-Vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto Braun zusammen, um sich u.a. mit den letzten Verfügungen des Reichskommissars gegen Preussen zu beschäftigen. Voraussichtlich wird die Regierung Braun, ehe sie bestimmte Schritte gegen die Verletzung preussischer Hoheitsrechte durch die Papen-Barone unternimmt, zunächst den Verlauf der bevorstehenden Tagung des Verfassungsausschusses des Reichsrats abwarten. Die Sitzung ist vertraulich. Aber es kann schon jetzt kein Zweifel darüber bestehen, dass insbesondere die süddeutschen Landesregierungen gegen die letzten Papen-Verfügungen protestieren und sich mit der rechtmässigen preussischen Regierung solidarisch erklären werden.

SPD. Braunschweig, 1.Nov. (Eig.Drahtb.

Die Nationalsozialisten und ihre deutschnationalen Koalitionsgenossen im Lande Braunschweig brüsten sich seit Jahren damit, dass sie im Gegensatz zu der früheren sozialdemokratischen Regierung die Finanzen des Freistaates saniert hätten. Jetzt aber zeigt sich, dass diese Behauptungen Schall und Rauch sind.

Das statistische Reichsamt hat dieser Tage eine Tabelle veröffentlicht, aus der die Höhe der Verschuldung der einzelnen deutschen Länder im Laufe des Jahres 1931 zu ersehen ist. Die Tabelle zeigt, dass zwar einzelne deutsche Länder im Etatsjahr 1931 ihre Verschuldung vermindert haben, nicht aber Braunschweig. Im Freistaat Braunschweig haben die Staatsschulden nicht abgenommen, sondern sie sind noch erheblich gestiegen. Bei Beginn des Etatsjahres 1931 hatte das Land Braunschweig 58 866 000 Mark Schulden, die sich Ende 1931 um 2 603 000 Mark auf insgesamt 61 469 000 Mark vermehrt hatten. In Prozenten ausgedrückt bedeutet das eine Schuldenvermehrung um 4,5 Prozent innerhalb eines einzigen Jahres. Die Agitationsbehauptungen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, dass, solange sie regierten, keine neuen Schulden gemacht worden seien, sind also unrichtig. Wie das Jahr 193' so wird auch 1932 mit einem erheblichen Fehlbetrag abgeschlossen werden. Die nationalsozialistische Regierung plant deshalb die Einführung einer Schlachtsteuer, ausserdem die Kürzung der Beamtengehälter und die Einführung des Rollsystems.

Das finanzielle Ergebnis der nationalsozialistischen Regierung im Lande Braunschweig für das Jahr 1931 ist, insgesamt gesehen, geradezu niederschmetternd. Trotzdem die Notverordnungen des Reiches dem nationalsozialistischen Ministerium viele Millionen Mark an Ersparnissen brachten und die Regierung die staatlichen Geldüberweisungen an die Kreise und Gemeinden ausserordentlich kürzte, sodass die Gemeindeverbände geradezu an den Rand des Bankrotts gebracht wurden, trotzdem hat sie fast 3 Millionen neue Schulden gemacht.

SPD. Die "Grossdeutsche Handelsgesellschaft", jahrelang Hitlers Hauptlieferant in Uniformen, befindet sich seit Monaten in Zahlungsschwierigkeiten. Der endgültige Bankerott scheint nur noch eine Frage von Tagen zu sein.

Vor Wochen hat die Firma ihren Gläubigern durch Rundschreiben bereits mitgeteilt, dass ihre Zahlungsschwierigkeiten auf die säumige Zahlungsweise der mit Uniformen belieferten SA-Leute zurückzuführen seien. Neuerdings dagegen begründet die Firma ihre Liquidation u.a. damit, dass die meisten Zeugmeister der Grossdeutschen Handelsgesellschaft, alles Nationalsozialisten, z.T. Führer der S.A. usw., bedeutende, in die Tausende gehende Beträge unterschlagen haben und zahlreiche SA-Stürme, Ortsgruppen und sonstige Formationen der NSDAP ihre sehr erheblichen Schulden bei der Grossdeutschen Handelsgesellschaf

nicht abzudecken imstande seien weil die Mittel von München sehr spärlich fliessen!

Die Unterschlagungen sollen sich auf etwa 40 000 Mark beziffern.

SPD. Paris, 1.November (Eig.Drahtb.)

Der "Matin" meldet aus Metz, dass sich in dem Werbebüro der Fremdenlegion in Dietenhofen ein Unteroffizier des 4.Infanterie-Regiments in Bautzen namens Paul Müller gemeldet habe, der erzählte, dass er, während er vor einem Bekleidungsmagazin auf Wache stand, den Diebstahl eines Paars Schuhe nicht habe verhindern können. Aus Furcht vor Strafe sei er desertiert und habe ohne behelligt zu werden den Weg von Bautzen nach Dietenhofen, d.h. 700 Kilometer, zu Fuss zurückgelegt, um in die Fremdenlegion einzutreten. Dem Wunsch Müllers sei entsprochen worden.

SPD. In Pommern und anderswo wird seit einigen Tagen ein Brief verbreitet, den der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Berlin als vertrauliches Rundschreiben versandt haben soll. Der Centralverein soll darin Massnahmen gegen die Hitlerbewegung fordern, deren Ausstrahlungen sich auf etwa 50 Länder durch Afrika und die beiden Amerika bis nach Japan und China erstrecken. Als eine derartige Massnahme wird die Wahl der Deutschnationalen Volkspartei empfohlen.

Dieses Rundschreiben ist eine plumpe Fälschung mit durchsichtiger Tendenz Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der parteipolitisch neutral ist, hat weder dieses noch ein ähnliches Rundschreiben herausgegeben.

SPD. Königsberg, 1.Nov (Eig.Drahtb.)

In der Nacht zum Dienstag wurde von bisher unbekannten Tätern der vergebliche Versuch unternommen, in den Räumen der Staatsanwaltschaft das Dienstzimmer des Sachbearbeiters der Terrorakte vom 1.August sowie der bekannten Mordüberfälle und Brandstiftungen der Nationalsozialisten aufzubrechen. Dieser Tage wurden mehrere Nationalsozialisten wegen dieser Delikte zu hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt. Der Einbruchsversuch kann nur die Erlangung von Akten dieser Ermittlungssachen zum Ziel gehabt haben.

SPD. Einer, der Herrn von Papen kennt, schreibt uns :

Am Tage der Amtsenthebung der preussischen Minister erhob Herr von Papen in einer Rundfunkrede gegen die preussischen Minister den Vorwurf der "Pflichtverletzung" gegenüber dem Reiche. Nachdem ihn der Staatsgerichtshof belehrt hat, dass davon keine Rede sein könne, hat er sich am Sonnabend während der Unterredung mit dem preussischen Ministerpräsidenten im Hause des Reichspräsidenten zu der Feststellung bequemen müssen, er habe die Integrität des Ministerpräsidenten Otto Braun und seiner Ministerkollegen nie angezweifelt. Die Zwangshörer, die am 20.Juli die Rede des Herrn Reichskanzler verdauen mussten, werden anderer Meinung sein. Wenn die Grundsätze, die Herr von Papen zu predigen nicht müde wird, in der Praxis Anwendung fänden, dann hätte er spätestens am Abend des Tages der Urteilsfällung des Staatsgerichtshofes öffen

lich erklären müssen, dass zum mindesten dieser Teil seiner Anklagerede im Rundfunk falsch war und daher nicht aufrecht zu erhalten wäre.

Aber Herr von Papen hat schliesslich einen Milderungsgrund. Er war den grössten Teil dieses Tages nicht in Berlin, weil er irgendwo bei Verwandten dem edlen Waidwerk oblag. Das erinnert ein wenig an das Verhalten Wilhelms II. während der Daily Telegraf Affaire im Jahre 1906. Während damals Deutschland infolge der törichten Reden Wilhelms in seinen Grundfesten bebte, amüsierte sich der hohe Herr in Donaueschingen bei allerlei merkwürdigen Vergnügugen. Auch Herr v. Papen vergisst über das Regieren das Amusement nicht. Er ist ein fleissiger Besucher von Rennplätzen und Theaterpremieren. Dieser Drang nach Betätigung gesellschaftlicher Talente hat ihn vor Monaten wohl auch veranlasst, alle Hebel zur Erlangung des Münchener Gesandtenpostens in Bewegung zu setzen. Um dieses Ziel zu erreichen sollten seine konservativen Grundsätze restlos eingemottet werden. In München ist zweifellos reichlich Gelegenheit, neben der Erledigung politischer Aufgaben auch auf dem gesellschaftlichen Parkett zu glänzen. Die von der früheren Reichsregierung und dem jetzigen rechtmässigen preussischen Kabinett aufgehobene Münchener Gesandtschaft hat Herr von Papen inzwischen wieder errichtet und sie einstweilen mit seinem Freunde Freiherrn von Lersner besetzt. Böse Zungen behaupten, in Wirklichkeit hätte Herr von Papen sich hier einen Zufluchtsort für den Fall schaffen wollen, dass seine glorreichen Regierungszeiten bald zu Ende sind. Allerdings weht aus der Münchener Ecke im Augenblick kein günstiger Wind, und der Reichskanzler a.D. würde sicher in der bayerischen Hauptstadt auf dieselbe Ablehnung stossen wie damals im Auswärtigen Amt, als er sich um den Gesandtenposten in Luxemburg bewarb.

Indes gelingt es seiner Fingerfertigkeit vielleicht, für bessere Stimmung zu sorgen, denn er hat sich schon einmal als Reklamechef für sich selber betätigt. Aus Paris wird uns nämlich geschrieben, dass Herr von Papen sich am Tage seiner Ernennung zum Reichskanzler telefonisch mit dem bekannten französischen Aussenpolitiker Graf d'Ormesson in Verbindung gesetzt habe, mit dem er schon früher in bestimmten Zirkeln deutsch-französische Verständigungspolitik auf seine Art getrieben hat. Der Graf selbst war nicht anwesend, Papen gelang es nur, sich mit der Tochter des Grafen telefonisch zu verständigen. Er machte ihr Mitteilung von seiner Ernennung und bat sie, Papa diese Mitteilung mit der Bitte weiterzugeben, dafür zu sorgen, dass die französische Presse den deutsch-französischen Verständigungsfreund Papen nicht falsch beurteile. Als die junge Dame ihrem Vater später von diesem Telefongespräch Mitteilung machte, antwortete Graf d'Ormesson: "Herr von Papen Reichskanzler, das muss ein Irrtum sein." Dem Grafen ging es so wie uns. Wir haben es zunächst auch für einen Irrtum gehalten und sind auch heute noch der Meinung, dass der Entschluss des Reichspräsidenten, in die Hände dieses Mannes die Leitung der deutschen Politik zu legen, ein schwerer Irrtum war.

SPD. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht ein angebliches Rundschreiben der Exekutive des Zentralkomitees der KPD, in dem Anweisungen für einen kommunistischen Putsch nach dem 15.November gegeben sein sollen. Die blödsinnige Taktik der KPD ist hinreichend bekannt - aber dies Dokument erscheint uns selbst für die Zentrale der KPD zu blödsinnig zu sein, als dass es echt sein könnte. Einige Organisationsangaben in diesem Dokument stimmen bedenklich. Der Inhalt ist ungefähr eine Uebertragung der Boxheimer Dokumente ins kommunistische.

Wozu diese Veröffentlichung, auf die sich wie auf Kommando die ganze Rechtspresse stürzt? Soll Stimmung für ein Verbot der KPD gemacht werden, soll der Verlust an Nazistimmen ausgeglichen werden durch Vergewaltigung kom-

munistischer Stimmen?

Aber das schönste an dieser Veröffentlichung ist, dass ausgerechnet die Naziputschisten den kommunistischen Putschisten Staatsstreichabsichten vorwerfen! Der nationalsozialistische Abgeordnete Mercker hat erst dieser Tage in einer Versammlung in Altreetz im Kreise Königsberg folgendes angekündigt: "Wir stehen mit einer Million Gewehre da. Wir werden nach dem 6.November eine Revolution erleben, die wir mit den Kommunisten zusammen machen." Das ist ein unbestreitbare, echte und eindeutige Aeusserung! Wenn den Dingen nachgegangen wird, sollte man hier anfangen!

SPD. Die "Nazi-Bewegung", nach dem Gebrüll ihrer Träger zur "Erneuerung Deutschlands" berufen, wird durch folgende in die jüngste Zeit fallende und von dem Bochumer Polizeipräsidium registrierte Vorfälle charakterisiert:

Am 10.Oktober erschiesst in Bochum der Kaufmann Pennig seine Frau, sein Kind und sich selbst. Er war von einer Bierreise am Sonntag spät nach Hause gekommen. Seine Frau macht ihm am Montagmorgen Vorhaltungen. Er wirft mit Bierflaschen nach ihr, schlägt sie zu Boden, ruft seinen auf der Strasse spielenden kleinen Sohn herein, nimmt ihn auf den Arm, zieht eine Pistole, erschiesst den Jungen, schiesst auf seine Frau und tötet sich dann selbst. Pennig war Mitglied der NSDAP.

Am 15.Oktober bringt der Sohn eines Milchhändlers abends seine Braut nach Hause. Die jungen Leute streiten sich, das Mädchen erhält in der elterlichen Wohnung eine Ohrfeige. Die Brüder verhindern weitere Tätlichkeiten und drängen den schlagfertigen Bräutigam aus dem Hause. Nach einer Viertelstunde kommt er wieder, verletzt den einen Bruder seiner Braut durch einen Oberschenkelschuss schwer, dringt in die Küche und tötet seine Braut durch einen Kopfschuss. Dann legt er Hand an sich selbst. Der Täter, der mit seiner ausländischen Waffe schon mehrere Personen bedroht hat, war SA-Mann.

Am 17.Oktober raste ein Kraftwagen in der Morgenfrühe um 5 Uhr in eine Gruppe zur Schicht gehender Bergleute aus Gerthe bei Bochum. Ein Bergarbeiter wird getötet, zwei werden schwer verletzt. Ohne sich um seine Opfer zu kümmern, fährt der Führer des Wagens weiter. Nach zwei Tagen wird der Kraftwagen ermittelt. Er gehört der "Roten Erde" der nationalsozialistischen Zeitung, der Fahrer ist Mitglied des Kraftfahrkorps der NSDAP.

Der Sohn eines Bochumer Musikers, Mitglied der Kasseler Hitlerjugend erschiesst sich mit einer Pistole. Aus Herne und Castrop-Rauxel werden gleiche Fälle gemeldet.

Das sind die "aufbauwilligen Kräfte" des Herrn von Papen!

SPD. Der verdienstvolle Leiter des Inlandsreferats der Presseabteilung der Reichsregierung, Geheimrat Katzenberger, der seit Anbeginn des Papen-Regimes beurlaubt war, ist jetzt plötzlich zur Disposition gestellt worden. Diese Massnahme soll auf einen persönlichen Wunsch des Herrn von Papen zurückzuführen sein, der vor allem den Zentrumsmann Katzenberger treffen wollte. Ueber seine Beweggründe kursieren eine ganze Reihe von Gerüchten, die wir hier nicht näher verzeichnen wollen, die aber alle die "Ueberparteilichkeit" des Herrn von Papen in merkwürdigem Licht erscheinen lassen.

SPD. Paris, 1.November (Eig.Drahtb.)

Der Madrider Sonderkorrespondent der "Liberté" meldet trotz aller Dementis, dass während des Aufenthalts Herriots in Spanien gewisse politische Fragen von grossem Interesse behandelt worden sind bezw. behandelt werden sollen. Die wichtigste dieser Fragen betreffe Mauretanien. In Kreisen, die demspanischen Aussenministerium nahestehen, behaupte man, dass die Regierung die Reise Herriots dazu benutzen werde, mit ihm über die Sicherheitsbedingungen in der südlich von Marokko gelegenen Kolonie Rio del Oro zu sprechen. Man plane sogar gemeinsame Operationen zur Unterwerfung der etwa 10 000 Rebellen, die die spanische Kolonie unsicher machen und oft in französisches Gebiet einfallen. Der Kriegsschauplatz solle der Oberlauf des Dra-Flusses sein, der sich wegen seiner Temperatur für einen Winterfeldzug eigne. Die Verhandlungen darüber sollen gemäss den Bestimmungen des französisch-spanischen Vertrages geführt werden, der im Jahre 1925 während des Riff-Krieges abgeschlossen wurde und der den Truppen beider Mächte das Recht gibt, bei Verfolgungen von Rebellen in das Gebiet des anderen Staates einzudringen, ohne dass dieses Gebietsveränderungen zur Folge haben darf. Der spanische Ministerrat soll vor kurzem die Grundlagen für die Unterredungen mit Herriot ausgearbeitet haben.

Der in Madrid weilende Chefredakteur des "Paris Midi" meldet, dass der Empfang Herriots durch die spanische Bevölkerung nicht so begeistert gewesen sei, wie man es erwartet habe und wie es die ersten Meldungen schilderten.

SPD. Stockholm, 1.November (Eig.Drahtb.

Anlässlich der bevorstehenden Verhandlungen über ein neues Handelsabkomme mit Deutschland hat das schwedische Kabinett am Dienstag eine aus fünf Mitglie dern bestehende Kommission ernannt, die sofort nach den deutschen Wahlen ihre Arbeit aufnehmen soll. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Generaldirektor Nils Wohlin bestimmt.

Anm.f.d.Red.: Wie bei der letzten Reichstagswahl werden wir den Redaktionen auch diesmal rechtzeitig Vordrucke zur Aufnahme unseres Rundfunkdienstes übermitteln.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Unsere Reichstagskandidaten.

SPD. Die Kandidaten sind ein bis zwei Stellen nach der Anzahl der bisher gewählten Abgeordneten aufgezählt:

1.Ostpreussen.

Otto Braun, Friedrich Larssen, Werner Luft, Karl Jäcker, Artur Mertins.

2.Berlin:

Arthur Crispien, Siegfried Aufhäuser, Clara Bohm-Schuch, Karl Litke, Erich Lübbe, Julius Moses, Franz Rooch, Lorenz Breunig.

3.Potsdam II:

Franz Künstler, Kurt Löwenstein, Kurt Heinig, Marie Kunert, Fritz Schröder, Richard Hille, Wilhelm Kroner, Arthur Neidhardt.

4.Potsdam I:

Rudolf Wissell, Rudolf Breitscheid, Marie Juchacz, Fritz Ebert, Franz Spliedt, David Stetter, Hermann Salomon.

5.Frankfurt/O.:

Otto Wels, Ernst Heilmann, Anton Reissner, Karl Wegener, Otto Bohnenstengel.

6.Pommern:

Gustav Schumann, Otto Passehl, Georg Schmidt, August Streufert Frieda Zyliegan.

7.Breslau:

Paul Löbe, Karl Wendemuth, Marie Ansorge, Kurt Pohle, Max Ruffert Otto Stammer.

8.Liegnitz:

Paul Löbe, Otto Buchwitz, Richard Meier, Anna Nemitz, Alfred Haude, Karl Wussmann.

9.Oppeln:

Johannes Stelling, Frieda Hauke, Friedrich Kuhn.

10.Magdeburg:

Karl Höltermann, Gustav Ferl, Ernst Reuter, Gerhart Seger, Fritz Baade, Ferdinand Bender, Frieda Fiedler.

11.Merseburg:

Paul Hertz, Franz Peters, Albert Bergholz, Anna Schob.

12.Thüringen:

August Frölich, Georg Dietrich, Mathilde Wurm, Franz Petrich, Hermann Brill, Paul Voigt, Emma Sachse.

13.Schleswig-Holstein:

Luise Schroeder, Otto Eggerstedt, Max Richter, Louis Biester, Paul Löhrke, Richard Hansen.

14.Weser-Ems:

Alfred Faust, Hermann Tempel, Oskar Hünlich, Alwine Wellmann, Anna Stiegler.

15.Ost-Hannover:

Friedrich Peine, Friedrich Nowack, Ada Lessing, Karl Helfenberger.

16.Süd-Hannover-Braunschweig:

Richard Partzsch, Otto Grotewohl, Anna Zammert, August Karsten, Karl Raloff, Richard Schiller, Albert Rohloff.

17.Westfalen-Nord:

Carl Severing, Carl Schreck, Alfred Janscheck, Julius Finke, Heinrich Drake.

18.Westfalen-Süd:

Friedrich Husemann, Alwin Brandes, Fritz Henssler, Berta Schulz, Walter Freitag, Heinrich Lehnemann, Otto Bäcker.

19.Hessen-Nassau:

Philipp Scheidemann, Franz Metz, Heinrich Becker, Michael Schnabrich, Otto Witte, Ernst Mulanski, Friedrich Hofacker.

20.Köln-Aachen:

Wilhelm Sollmann, Hans Böckler, Emil Kirschmann, Hermann Pesch, Herta Kraus.

21.Koblenz-Trier:

Emil Kirschmann, Max Braun, Franz Gruber.

22.Düsseldorf-Ost:

Rudolf Hilferding, Lore Agnes, Robert Daum, Georg Richter.

23.Düsseldorf-West:

Paul Gerlach, Johann Thabor, Alfred Schatz.

24.Oberbayern-Schwaben:

Wilhelm Hoegner, Josef Felder, Hans Unterleitner, Klara Maas.

25.Niederbayern:

Toni Pfülf, Michael Burgau.

26.Franken:

Hans Vogel, Hans Dill, Friedrich Puchta, Fritz Soldmann, Ernst Schneppenhorst, Otto Voye.

27.Pfalz:

W.Wagener, Wilhelm Hofmann.

28.Dresden-Bautzen:

Paul Löbe, Toni Sender, Arthur Arzt, Alfred Dobbert, Hermann Fleissner, Hermann Krätzig, Hans Schirmer, August Tröndle.

29.Leipzig:

Richard Lipinski, Hugo Saupe, Engelbert Graf, Margarete Starrmann, Cornelius Gellert, Hermann Liebmann.

30.Chemnitz-Zwickau:

Kurt Uhlig, Georg Graupe, Bernhard Kuhnt, Erwin Hartsch, Gustav Zander, Rosa Müller, Frieda Drechsler.

31.Württemberg:

Erich Rossmann, Kurt Schumacher, Fritz Ulrich, Jakob Weimer, Emil Schuler

32.Baden:

Adam Remmele, Ernst Roth, Stefan Meier, Hermann Veit.

33.Hessen-Darmstadt:

Carl Mierendorff, Heinrich Ritzel, Wilhelm Weber, Jakob Steffan, Elisabeth Kern.

34.Hamburg:

Franz Staudinger, Adolf Biedermann, Gustav Dahrendorf, Erna tum Suden, Heinrich Steinfeld.

35.Mecklenburg:

Julius Leber, Karl Moltmann, Albert Schulz, Karl Bartosch.

Reichsliste:

1. Otto Wels, 2. Arthur Crispien, 3. Johann Vogel, 4. Rudolf Breitscheid, 5. Rudolf Hilferding, 6. Marie Juchacz, 7. Otto Landsberg, 8. Wilhelm Dittmann, 9. Peter Grassmann, 10. Friedrich Stampfer, 11. Ludwig Marum, 12. Franz Scheffel, 13. Fritz Tarnow, 14. Hans Völter, 15. Max Seppel, 17. Toni Pfülf, 17. Nikolaus Bernhard, 18. Johannes Stelling, 19. Daniel Stücklen, 20. Cornelius Gellert, 21. Carl Polenske, 22. Max Sievers, 23. Josef Simon, 24. Christoph Pfändner, 25. Albin Karl, 26. Victor Schiff, 27. Bernhard Schwerdfeger, 28. Luise Schiffgens, 29. Bernhard Horlacher.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hitlers Verrat an Südtirol

SPD. Der italienische Faschismus hat mit grossem Gepränge überall den Zehnjahrestag des Marsches auf Rom gefeiert. In Bozen in Südtirol fand diese Feier vor dem sogenannten Siegesdenkmal statt. Dies Denkmal ist gewidmet der italienischen Irredenta vor dem Kriege und während des Krieges in Südtirol, es feiert die Annexion Südtirols durch Italien. Es wird deshalb von der deutschen Bevölkerung in Bozen als ein Mal der Trauer empfunden, als ein Symbol des italienischen Nationalismus, der über das Deutschtum in Südtirol triumphiert hat.

An diesem Denkmal des italienischen Nationalismus hat die Zehnjahresfeier des Faschismus stattgefunden. Es waren vertreten die Spitzen der italienischen Behörden, das italienische Militär und die faschistischen Organisationen. Auf den Stufen des Denkmals aber stand eine Abteilung deutscher uniformierter Nationalsozialisten in Braunhemden und der Hakenkreuzbinde im Auftrage Hitlers. Zwischen den silbern und golden blitzenden Uniformen der italienischen Offiziere und den himmelblauen Schärpen der golden und silbern betressten französischen Milizoffiziere paradierten die Landknechte Hitlers!

Sie feierten mit den Faschisten den Sieg über die Freiheit und den Sieg des italienischen Chauvinismus über das Deutschtum in Südtirol!

Deshalb nennt sich die Bewegung Hitlers auch eine nationale Bewegung!

SA liefert Frankreich Soldaten.

Aus Sidi-bel-Abbes in Algerien wird uns eine Beobachtung mitgeteilt, die auf die echtdeutsche Gesinnung von Hitlers SA ein grelles Schlaglicht wirft. Die französische Kolonie Algerien wird militärisch gedeckt durch Fremdenlegionärstruppen. Diese Truppen bestehen aus Angehörigen aller Nationen. Auch Deutsche sind darunter stark vertreten.

In Sidi-bel-Abbes liegt das erste Fremdenregiment. In diesem Regiment ist der Prozentsatz von Deutschen ganz besonders hoch. Der Nachschub besteht zu einem wesentlichen Teil aus einer ganz besonderen Art deutscher Fremdenlegionäre, nämlich aus ehemaligen Hitler-SA.Leuten. Die neuangekommenen, in die Fremdenlegion eingetretenen SA-Leute laufen nach Dienstschluss in ihren Braunhemden umher, die sie aus Deutschland mitgebracht haben. Sie geben bereitwillig Auskunft darüber, dass sie in Hitlers SA waren und dort ihre Braunhemden gratis erhalten haben. Nach vier Wochen Dienst hat sie dann bereits der grosse Jammer gefasst. Sie pfeifen auf alles, vor allem auf das aus Deutschland mitgebrachte Braunhemd.

Die Landsknechte Hitlers werden so zu Landsknechten Frankreichs, die das französische Kolonialreich verteidigen. Die Landsknechtsbegeisterung, die sie aus der SA mitgebracht haben, hält nicht lange vor. In kurzer Zeit ist sie ihnen gründlich ausgetrieben. Trotzdem hält ihr Zustrom an. Als kürzlich ein Legionärszug verunglückte, bei dem Hunderte den Tod fanden, wurde die Lücke schnell ausgefüllt zu einem grossen Teil mit ehemaligen Hitlersoldaten!

Der Drill der französischen Generale vollendet an ihnen, was in der SA begonnen wurde. Sie werden unter der Knute des französischen Militarismus in der Hitze der afrikanischen Kolonie zu abgestumpften, willenlosen Werkzeugen des Militarismus, zu Verlorenen, für die es keinen Ausblick und keinen Aufstieg mehr gibt.

So endet die "deutsche Erziehungsarbeit" der Röhm und Konsorten! Röhm selbst hat als moderner Landsknecht in Bolivien gedient. Seine Mannschaften verkaufen sich an die französische Fremdenlegion. Das geschieht in solchem Umfange, dass man fragen muss: Ist dieser Zustrom zur französische Fremdenlegion organisiert, oder ist es der Geist der Erziehung in der SA., der die Leute zur französischen Fremdenlegion treibt?

Cecilie an die Front.

Was Hitler kann, kann der Exkronprinz auch! Hitler hat für seine servilen Speichellecker ein Bilderbuch erscheinen lassen, das ihn zu jeder Stunde des Tags und in jeder Lebenslage im Bilde zeigt. Nach diesem Vorbild wird jetzt von der monarchistischen Propaganda ein neues Bilderbuch angezeigt. "Kronprinzessin Cecilie. In mehr als 100 Bilddokumenten. Im Einvernehmen mit Ihrer kaiserlichen Hoheit." Die monarchistische Propaganda und die Hitlerpropaganda machen sich gegenseitig heftigste Konkurrenz.

Warum aber wird von den Monarchisten die Frau vorgeschickt anstelle des Mannes? Warum zeigt man nicht den Exkronprinzen in mehr als hundert Bilddokumenten, zu jeder Stunde seines Tages und in jeder Lage seines Lebens? Hat man Angst davor, sein Gesicht, sein Benehmen, seine Lieblingsbeschäftigung, seinen Verkehrskreis, kurz, "seine männliche kaiserliche Hoheit" im Bilde so zu zeigen, wie er wirklich ist? Das könnte ein sehr aufschlussreiches und zugleich ein sehr pikantes Buch werden. Es würde allerdings den Zwecken der monarchistischen Propaganda nicht gerade förderlich sein.

Deshalb muss Cecilie an die Front. Die Frau muss mit ihrem Gesicht und ihren Bildern die Reklame für den Mann besorgen. Gerade in diesem Falle liegt darin noch eine ganz besondere Pikanterie!

Beethoven im Wahlkampf.

Im "Angriff" des Josef Goebbels wird das sogenannte Nationalsozialistische Kampfbundorchester verhimmelt und mit Stolz erklärt, dass es den Wahlkampf mit Beethoven führen werde. Beethoven und Hakenkreuz? Freiheit, Menschlichkeit, Brüderlichkeit - die Höhe musikalischer Kunst, der himmelstürmende Genius des Grössten - was hat es zu schaffen mit der Gemeinheit, dem Irrwahn, der Mordlust, der Knechtseligkeit? Was mit dem Geiste des Landsknechtstums, der Verneinung menschlicher Freiheit und Brüderlichkeit, dem Willen zur Knechtung des Volkes?

Beethoven und Röhm - es schüttelt jeden anständigen Menschen bei dem Vergleich, bei der Blasphemie gegen die Kunst, die in dieser Ankündigung des Berliner nationalsozialistischen Organs liegt. Sie haben mit Beethoven nichts zu schaffen, eher mit dem Geiste, der aus den Briefen eines Röhm spricht!

Liebenswürdigkeiten

Kurz vor dem Wahltermin markiert die Nazipresse in der Provinz noch einmal Sturmangriff auf die feinen Leute, während die Hauptorgane im Hinblick auf eine Bundesgenossenschaft nach den Wahlen mit den feinen Leuten schon einzulenken beginnen. Die Demagogie der Nazis in der Provinz hat ein neues Schlagwort gegen die ehemaligen Bundesbrüder von Harzburg erfunden, sie nennt sie "die Monokelbonzen". Hübsch! Aber, wie wäre es, wenn die Nationalsozialisten sich ihre eigenen Monokelbonzen, so zum Beispiel die Herrenabteilung des Braunen Hauses, etwas näher ansehen würden? Wie lange wird es dauern, bis sie wieder mit den feinen Leuten, mit den Monokelbonzen Arm in Arm spazieren werden, um gemeinsam gegen die Rechte des Volkes im Interesse der feinen Leute vorzugehen?

Kampf allen Mut

Studenten=Rebellionen.

Johann Gottlieb Fichte ergreift das Wort.

SPD. In diesen Tagen hat ein neues Universitäts=Semester begonnen. Eine neue Periode der Arbeit? Oder eine neue Periode faschistischer Aus=schreitungen? Der Beginn des Semesters ist nicht sehr verheissungsvoll: die Wiener Hochschule musste bereits geschlossen werden,weil rechtsstehen=de Studenten immer noch der Ansicht sind,dass die Universität der geeigne=te Ort für die Betätigung ihrer Antipathieen gegen Sozialisten und Juden ist. Man muss anlässlich solcher Ereignisse immer wieder fragen: weiss der Student,dass er auf Kosten des gesamten Volkes studiert? Weiss der Student, dass es ein unerhörtes Privilegium ist, lernen zu dürfen zu einer Zeit,in der sich die meisten Volksgenossen schon beruflich verbrauchen müssen? Wird er von seinen Lehrern über seine Pflichten der Gesellschaft gegenüber hinreichend aufgeklärt? Als Antwort auf diese letzte,entscheidende Frage möge eine Geschichte erzählt werden,die zwar mehr als 100 Jahre alt ist,die aber die heutige Kampfsituation der Universität ungewöhnlich hell belichtet.

Es war einmal ein junger deutscher Professor namens Fichte. Er wurde eines Tages als Lehrer der Philosophie an die berühmte Universität Jena be=rufen und von den Studenten durch eine öffentliche Huldigung vor seinem Hau=se glänzend empfangen, denn ein grosser Ruf ging ihm voraus. Dieser Profes=sor Fichte hörte nun bald viele Klagen über studentische Rohheiten und Zü=gellosigkeiten. Da er auf einen grossen Teil der Hochschulschüler dank sei=nes reinen,starken Charakters einen grossen Einfluss erlangte,war es ihm bald möglich,die Studenten zur Aufgabe der drei Studenten=Orden, der Quelle aller Krawalle, zu bewegen. Auch teilte er denen,die seinem Rat nicht recht folgen wollten,mit,dass höhererseits ernsthafte Untersuchungen gegen die Orden im Gange seien. Schliesslich kam eine Delegation dieser Verbindungen zu ihm und bot ihm den Eid des Verzichts auf die Orden an.

Nun gibt es im Bereich der Universität dieselbe Bürokratie,die auch in allen anderen Bezirken des Daseins das Leben erschwert. Das grosse Pro=blem, das Fichte zu lösen hatte, dem er aber nicht gewachsen war,hiess: welchen Instanzenweg hat die gute Regung der Studenten=Delegation zu gehen? Man drehte dem jungen Professor, der tatsächlich die Studentenschaft zu ih=rem anerkennenswerten Verzicht gebracht hatte,später einen Strick daraus, dass der Bürokratie=Comment nicht exakt eingehalten worden war. Aber viel=leicht hätte der Erfolg dieser Attacke der Universitätsbeamten die Stoss=kraft genommen,wenn er nicht geschwächt worden wäre durch den Rücktritt des dritten Ordens von seinem Versprechen. Hier hatten plötzlich einige abenteuerlustige Studenten die Oberhand bekommen,die verkündeten: uns droht gar keine Gefahr; die ganze Geschichte ist nichts als eine Wichtigtuerei des Professors; offenbar will er sich bei seinen Vorgesetzten beliebt machen. Es wurde zum fröhlichen Kampf gegen den Professor Fichte geblasen. So stürm=ten dann fünf junge Helden eines Nachts um zwei das Haus des Professors,und warfen, da sie nicht eindringen konnten,wenigstens die Fensterscheiben ein. Bestraft wurde - niemand.

Fichte war, wie man weiss,einer der vorbildlichsten Erzieher,die das deutsche Volk hervorgebracht hat. So nahm er denn seine öffentlichen Vorle=

sungen zum Anlass, noch einmal die Studenten zu belehren. Da wurde eines Sonntags seine Frau beim Verlassen seines Kollegs auf der Strasse angepöbelt; sein Haus wurde attackiert. Die Studenten kündigten frech weitere Angriffe an. Der akademische Senat beruhigte den angegriffenen Professor und - schützte ihn nicht. Alle Ermittlungen verliefen ergebnislos. Selbstverständlich machte dieser Erfolg die Studenten immer frecher. Man suchte das Hoftor des Professors zu erbrechen; man warf mit kleinen Steinen die Fenster ein. Man pöbelte Fichtes Wirt an: "Lass ihn ausziehen, er muss ausziehen; so lange Du ihn im Hause hast, sollst Du nie eine ganze Scheibe haben". Und nun wird dieser Idealist, einer der gläubigsten Menschen, angesichts dieser Barbarei der Studenten, angesichts dieser frevelhaften Passivität seiner Kollegen einen Augenblick schwach. Er zieht das Fazit, welches erfreulicherweise nur das Fazit einer traurigen Minute war: "Wenigstens entsteht aus diesem allem das Gute, dass ich nicht mehr mein Herz an das Projekt hänge, aus diesen rohen Menschen etwas machen zu wollen, meinen Stiefel schlecht und recht hin lehren werde." Ein andermal schreibt er: "Gott mag es denen, die durch eine lange Praxis sie (nämlich: die Studenten) diese Grundsätze gelehrt haben, vergeben; ich kann es ihnen nicht vergeben." Noch eine andere Aeusserung zielt auf diese Meinung, dass nicht die Studenten, sondern die Professoren schuldig seien: "Der Studierende ist", schreibt Fichte, "wie jeder Jüngling ebenso leicht zum Guten zu brihgen wie zum Bösen. Nur muss man die vergängliche Aufwallung auf der Stelle nutzen und den entgegengesetzten Einflüssen nicht Zeit lassen, sie umzustimmen."

Wenn heute Nationalisten am Denkmal Fichtes Kränze niederlegen, so mögen sie gelegentlich auch an den lebenden Fichte denken, den sie so gründlich missverstehen. Auch heute wäre er ein Feind der Rohheit, die jene, ermutigt durch die Feigheit vieler ihrer Lehrer, für Patriotismus ausgeben.

Dr.L.M.

\+ + +

Nazitheaters Tod. Das Berliner Wallner=Theater, eines jener vielen Theaterunternehmen, die die Nationalsozialisten aus eigener Kraft, mit der sie sonst so protzen, nicht aufrecht erhalten konnten, hat seine Pforten schliessen müssen. Das Programm reichte von den reichlich dilettantisch gegebenen "Mitschuldigen" Goethes bis zum "Leibkutscher des Fridericus". Zuletzt trat der Gerichtsvollzieher auf und - allerdings vergeblich - das Ensemble mit Gagenforderungen.

\+ + +

"Anwalt vom Dienst". Der Vorstand des Berliner Anwaltvereins hat gemeinsam mit dem Vorstand der Berliner Anwaltskammer eine Rechtsschutzstelle für Unfallgeschädigte ins Leben gerufen. Die häufig notwendige sofortige [illegible] Beratung bei Unfällen, soll in Zukunft von amtlich zugelassenen Rechtsanwälten ausgeübt werden, die auf Anruf bei einer noch zu bestimmenden Zentrale sofort zur (Unfall=)Stelle sein werden. Man hofft damit den vielen Winkeladvokaten, die durch ihre Beratung oft die Unfallgeschädigten prellen, das Wasser abzugraben.

\+ + +

Der Geheimnisvolle. Der rätselhafte Fahrgast aus dem Schnellzug Wiesbaden-Berlin, dessen Identifizierung der Berliner Polizei seit Tagen Kopfzerbrechen bereitet, scheint der aus Wiesbaden stammende Schlosser Richard Bauer zu sein. Eine im Kriege zugezogene Gasvergiftung, eine durch Sturz beim Turnen erlittene Schädelverletzung und längere Arbeitslosigkeit haben offenbar bei ihm eine Geistesverwirrung ausgelöst, durch die er schliesslich sein Gedächtnis verlor. Möglicherweise hat sich Bauer auch gegen die Gesetze vergangen, aber ein "schwerer Junge" ist er nicht.

\+ + +

Doppelselbstmord. In Berlin=Schöneberg nahm sich ein aus der Schweiz stammendes Ehepaar wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten das Leben. Das Paar hat sich mit Leuchtgas vergiftet.

\+ + +

Zuchthausantrag. Im Berliner Devisenschieberprozess gegen Sprit=Weber und Genossen beantragte der Staatsanwalt gegen den Bankier Markus Freiser, der insgesamt für 2½ Millionen Mark Effekten verschoben haben soll, zwei Jahre Zuchthaus und 50 ooo Mark Geldstrafe. Sprit=Weber soll zu zwei Jahren Gefängnis und 5 ooo Mark Geldstrafe, Trompetter zu einem Jahr Gefängnis und 10 ooo Mark Geldstrafe, Kaufmann Arndt zu einem Jahr Gefängnis und 3 ooo Mark Geldstrafe und der Juwelier Dubesta zu einem Jahr Gefängnis und 5 ooo Mark Geldstrafe verurteilt werden.

\+ + +

Mord? In der Nähe von Sorowski (Oberschlesien, Kreis Guttentag) wurde der Arbeiter Poganda von einem polnischen Grenzbeamten erschossen. Poganda hatte auf nur wenige Meter die deutsche Grenze überschritten, um sich mit einer jungen Polin einStelldichein zu geben. Augenzeugen versichern, dass es sich um eine Eifersuchtstat handele. Auf den Anruf "Hände hoch!" soll Poganda sofort seine Arme erhoben haben.

\+ + +

Gronau auf Zypern! Wolfgang von Gronau hat auf seinem Flug um die Welt Zypern erreicht. Der Pilot brauchte für die rund 1100 Kilometer lange Strekke von Bagdad bis Zypern mit einer Reisegeschwindigkeit von 165 Stundenkilometern 6¾ Stunden. Die Route führte über die Syrische Wüste. Der Dornier=Wal der deutschen Verkehrsfliegerschule List hat sich vorzüglich bewährt.

\+ + +

Flucht des Wahnsinnigen. Der Tobsuchtszelle des Spitals in Reichenberg (Böhmen) entsprang der Geistesgestörte Albrecht Wundrack aus Machersdorf. Er flüchtete in das Haus seiner Mutter. Polizisten, die ihn verhaften wollten, beschoss er mit einem Militärgewehr - ein Polizeinspektor wurde schwer verletzt. Der Wahnsinnige entkam in einen nahegelegenen Wald.

\+ + +

Starkstrom der Liebe. In einem slowenischen Dorf umspannte ein Bauernknecht das Fenster seiner Verlobten, die er vor nächtlichen Konkurrenten schützen wollte, mit Draht, den er jede Nacht an die Ueberlandleitung anschloss. Das erste Opfer wurde freilich nicht ein Rivale, sondern ein Schwein, das sich in der Leitung verfangen hatte, und ein Schlächter, der es loslösen wollte...

\+ + +

Mord im Fieber! In Freital bei Dresden schnitt der 26jährige Dreher Hans Noeske seiner gleichaltrigen Braut Margarete Müller mit einem Rasiermesser den Hals durch und tötete sich dann auf die gleiche Weise. Wie die kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergeben haben, hat Noeske die Tat im Fieberwahn begangen.

\+ + +

Ueberschwemmung. Die belgischen Flüsse Dender, Demer und Nethe sind über die Ufer getreten und haben hunderte Hektar Acker und Wiese unter Wasser gesetzt. Verschiedentlich wurden Häuser unterspült; ausserdem werden Dammbrüche gemeldet. - Auch verschiedene niederländische Wasserläufe richten Ueberschwemmungsschaden an. In den Amsterdamer Grachten ist das Wasser überall bis an den Strassenrand gestiegen. In der weiteren Umgegend der Stadt stehen auch die Gärten und Keller unter Wasser.

\+ + +

18 Personen ertrunken. Auf der Ostsee, etwa auf der Höhe der Insel Gotland, erlitt ein mit 18 Personen besetztes Motorboot Schiffbruch; seine 18 Insassen kamen vermutlich sämtlich ums Leben.

Gewerkschaftliche Rundschau

Nationalsozialismus der Tat.

Wo und wie?

SPD. Die Dummen werden nicht alle, und daher kriechen auch immer wieder Arbeiter, die von der Gewerkschaftsbewegung keine Ahnung haben, auf den nationalsozialistischen Leim der Gewinnbeteiligung, mit dem bei der Werbung für die Nazi-Betriebsorganisationen die Fangruten bestrichen werden. "Wir fordern Gewinnbeteiligung an Grossbetrieben" - dieser Punkt des "unabänderlichen" nationalsozialistischen "Programms" klingt eben gar zu verführerisch. Erfreulicherweise ist eine solche Gewinnbeteiligung in einem Nazibetrieb endlich und tatsächlich einmal durchgeführt worden. Man hat also die Möglichkeit, den Nationalsozialismus in der Praxis kennen zu lernen.

Der NSDAP-Reichstagsabgeordnete und Nazi-Bezirksleiter Fritz Kiehn-Trossingen, Besitzer der Zigarettenpapierfabrik "EFKA-Werk", liess sich zu den im Dezember 1931 stattgefundenen württembergischen Gemeindewahlen als Kandidat aufstellen. Wenige Tage vor der Wahl brachte er folgende Notiz in allen ihm zugänglichen bürgerlichen Zeitungen und in der ganzen Nazi-Presse:

"Nationalsozialismus der Tat! In den Räumen der Firma EFKA-Werk in Trossingen wurde vor einigen Tagen die nachstehende Bekanntgabe angeschlagen: Trossingen, den 28.Nov.1931. Von der Erkenntnis beseelt, dass wahre Volksgemeinschaft und zufriedene Menschen geschaffen werden müssen, dass Klassenkampf auf jeden Fall beseitigt werden muss, folge ich den Anregungen des Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP und eigenen längst gehegten Trieben, und ich erkläre folgendes: Ich beteiligte hiermit meine sämtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an dem Reingewinn meines Unternehmens dergestalt, dass an die an verantwortungsvollen Posten stehenden Mitarbeiter 25% des Reingewinns gegeben werden, alle übrigen erhalten 40%, während mir 35% verbleiben sollen... Ich möchte erreichen, dass jeder Mitarbeiter gewissermassen Teilhaber und interessiert ist am guten Fortbestand unserer Arbeitsstätte. So wollen wir gemeinsam im Kampfe um unser tägliches Brot in Zukunft noch mehr zusammenstehen und allen Unbilden zum Trotz die schwere Zeit zu meistern suchen. Setzen wir an die Stelle von Klassengegensätzen Vertrauen und an Stelle von Interesselosigkeit Treue, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Efka-Werk Fritz Kiehn. Heil Hitler!"

Die Wissenden lachten. In weiten Kreisen wurde jedoch Herr Kiehn gelobt. Seine Arbeiter wurden beneidet, und er zog mit einer grossen Stimmenzahl in den Gemeinderat ein.

Die Gewinn-Auszahlung liess aber auch nach Abschluss des Geschäftsjahres sehr auf sich warten. Immer wieder musste die sozialdemokratische Presse des Bezirks Anfragen stellen, und langsam sanken die frohen Hoffnungen und Erwartungen in Trossingen und vor allem bei der Kiehn'schen Belegschaft. Herr Kiehn hatte Zeit. Sein Reklametrick hatte ja seine Wirkung getan, und es kam, wie es kommen musste. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die während des ganzen Jahres 1931 bei voller Beschäftigung und Ueberstunden dem Betrieb angehört hatten, erhielten an Gewinn = Mark 22,50 ausgehändigt.

Den Reichstarif für die papierverarbeitende Industrie einzuhalten, hatte sich Herr Kiehn seinerzeit dem zuständigen Verbandsangestellten gegenüber

verpflichtet, er hat ihn aber trotzdem nicht eingehalten. Dadurch ersparte er nach Abzug der "Gewinnbeteiligung" im Jahre 1931 mindestens Mark 10 000 an Löhnen. Ueberstundenzuschläge werden nicht bezahlt. Der Verdienst einer Vollarbeiterin in ihrer Eigenschaft als Geschäftsteilhaberin beträgt samt dem Gewinnanteil im Jahre Mark 800,-- d.h. genau so viel, wie Herr Kiehn für eine Jagd jährlich an Pacht ausgibt. Ein Betriebsrat existiert im EFKA-Werk nicht, und also stehen die Arbeiter ohne arbeitsrechtlichen Schutz da. Auch gibt es nach der Kiehn'schen Arbeitsordnung keine Kündigungsfrist.

Herr Kiehn, der vorbildliche Nazi-Arbeitgeber, war früher Angestellter. Er fing dann ein Ladengeschäft in Papierwaren an. Nach der Inflation wurde er Inhaber einer Fabrik und Besitzer einer luxuriösen Villa. Er konnte einen modernen Fabrikneubau erstellen, seinen Park erweitern und ihn mit einem Schwimmbad ausstatten. Er konnte am Bodensee einen Sommersitz erwerben. Er konnte einen Mercedes-Benz, einen Maybach und neuerdings noch einen Horch-Wagen fahren. Er konnte Prominente der NSDAP wochenlang zu Gast haben. Der bescheidene Gewinnanteil erlaubte ihm das. Und als in der sozialistischen Presse all dies und noch viel mehr Herrn Kiehn vorgehalten wurde, liess sein marxistenfreier Betriebsausschuss folgende famose Erklärung im Lokalblatt los: "Tatsache ist, dass im EFKA-Werk der nationale Sozialismus zur Zufriedenheit aller Arbeitnehmer durchgeführt ist."

Jetzt wissen wir also, wie der Nationalsozialismus in der Praxis aussieht. Herr Kiehn hat in einer Wahlrede am 21.Oktober 1932 laut Pressebericht in Oberndorf am Neckar erklärt, Sozialist sein, heisse, in jedem Volksgenossen den Bruder sehen, nicht allein ein Ausbeuteobjekt.

Herr Kiehn klopft seinen Arbeitern vertraulich freundlich auf die Schulter. Er sieht in ihnen den Bruder. Er fährt aber auch im Luxusauto, atmet die würzige Luft am Bodensee, hat seine luxuriöse Villa und seinen Park mit Schwimmbad und - die Arbeiter und Arbeiterinnen, die während des ganzen Jahres 1931 bei voller Beschäftigung und Ueberstunden dem Betrieb angehörten, erhielten den fürstlichen Gewinn von Mark 22,50. Jedem das Seine! Das ist die Parole des Nationalsozialismus. Herr Kiehn hat sie geradezu genial durchgeführt.

SPD. Wenn du schon lügst, dann nicht so knapp, sondern ganz gross, ganz frech, ganz unverschämt. Mit diesem Satz erklärt sich das ganze Geheimnis der Hitlerpropaganda. Münchhausen ist gegenüber den Hitlerlügnern ein Waisenknabe. Da brachte der "Völkische Beobachter" in seiner Nummer 301 (vom 27.10.1932) folgenden Kriegsbericht aus Anklam:

"Es regnet, was nur vom Himmel herunter will. Der Regen prasselt an die Scheiben und unter dem Wolkenbruch wird die stillgelegte Fabrikstadt Anklam erreicht, die heute zehntausende von arbeitslosen Metallarbeitern zählt. Hier grüssen die Klänge des "Hohenfriedberger" den Führer... 250 Meter lange Maschinenhalle bis zum letzten Platz überfüllt... Wenn nun der Führer über die Zehntausende blickt... wenn es von der Tribüne klingt und vom Lautsprecher dumpf dröhnend in den Saal zurückgeworfen wird: Diese herrliche Bewegung gehört Deutschland!"

Anklam? Zehntausende arbeitslose Metallarbeiter? Da stimmt doch etwas nicht!

Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich gibt Aufschluss. Anklam hatte bei der letzten Berufszählung ganze 436 Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie. Alle in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr beschäftigten Personen zählten 3 995! An Einwohnern insgesamt, Männer und Frauen, vom Säugling bis zum Greis wurden gezählt 14 789 Personen! Auch

wenn man die Umgebung der Stadt mitberücksichtigt, kommen noch nicht tausend Metallarbeiter zusammen.

Man sieht: Münchhausen war ein elender Stümper gegenüber den Reportern, die über den "Siegesflug" Adolfs über Deutschland zu berichten haben. Münchhausen flog auf der Kanonenkugel über die Lande, Hitler fliegt durch Wolkenbrüche und redet vor Metallarbeitern, die es gar nicht gibt. Das macht ihm keiner nach.

SPD. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels e.V. Berlin vorbereitet einen reaktionären Anschlag auf die Rechte der Einzelhandelsangestellten. Sie verbreitet unter den hier angeschlossenen Verbänden ein vertrauliches Rundschreiben, in dem sie ihre Pläne zur Reform der Sozialversicherung darlegt. Die Hauptgemeinschaft will für den Einzelhandel besondere Krankenkassen gründen, die mit den Allgemeinen Ortskrankenkassen in der jetzigen Form nichts zu tun haben sollen.

Da die Hauptgemeinschaft fürchtet, dass sie mit der Gründung von Zwangskrankenkassen selbst bei dem jetzt im Reichsarbeitsministerium herrschenden Kurs nicht durchkommen wird, schlägt sie die Gründung dezentraler Ersatzkassen vor. Träger dieser Ersatzkassen sollen die örtlichen Verbände des Einzelhandels sein. In den Organen der Kassen würden also nur Arbeitgebervertreter sitzen. Nur wenn im Reichsarbeitsministerium mit diesen reaktionären Plänen ganz und gar nicht durchzukommen sein würde, wäre die Hauptgemeinschaft bereit, auch den Angestellten eine gewisse Vertretung in den neu zu gründenden Ersatzkassen zuzugestehen. Da es sich um Ersatzkassen handelt, würde, rein rechtlich gesehen, kein Angestellter gezwungen sein, der Kasse beizutreten. Mit deutlicher Absicht weist aber die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels in ihrem Rundschreiben darauf hin, dass es durch entsprechende Werbemassnahmen in den Betrieben schon gelingen werde, den neu zu gründenden Ersatzkassen einen genügenden Mitgliederstamm zuzuführen. Dass die Reichsverfassung den Vertretern der Versicherten die massgebende Mitwirkung in den Organen der Krankenversicherung garantiert, kümmert anscheinend die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels nicht.

Einzelhandelsangestellte! Wehrt Euch gegen diese reaktionären Pläne der Unternehmer. Gebt Eure Stimme am 6. November der einzigen Partei, die immer die Rechte der Sozialversicherten vertreten hat. Zeichnet Euch ein für die Liste 2!

SPD. Wer hat der werktätigen Jugend den Urlaub erkämpft? Diese Frage muss auch jetzt wieder vor den Wahlen gestellt und beantwortet werden. Für so manchen Arbeiter, jung wie alt, ist es bereits eine Selbstverständlichkeit geworden, regelmässig Arbeitsurlaub unter Weiterzahlung des Lohnes zu erhalten. Woher der Anspruch rührt, darüber machen sich vor allem die Lehrlinge und die jugendlichen Arbeiter vielfach kaum einen Gedanken. Sie sehen nicht die Zusammenhänge zwischen dem gewerkschaftlichen Kampf und dem durch ihn erkämpften Urlaub.

Gerade in diesen Tagen, wo alle Dreckmäuler in Deutschland gegen die Gewerkschaften losschwadronieren, ist es sehr angebracht, dem Arbeiternachwuchs zu zeigen, dass es bis 1918 so etwas wie Urlaub für jugendliche Arbeiter oder gewerbliche Lehrlinge einfach nicht gab. In der Vorkriegszeit wäre schon die Forderung danach eine glatte Unmöglichkeit gewesen, weil sie

absolut aussichtslos gewesen wäre. In den wenigen Jahren seit der Staats=umwälzung in Deutschland gelang es den Gewerkschaften hier einen Fort=schritt zu erreichen, der sich auf der ganzen Erde sehen lassen kann. Die erstrebte gesetzliche Gewährung des Urlaubs für Jugendliche konnte bis jetzt nicht durchgesetzt werden; daher ist der Urlaub für Jugendliche nur dort geregelt, wo eine starke Gewerkschaftsbewegung besteht. So manche Gruppe von Lehrlingen muss noch immer auf Ferien verzichten, weil die Arbeiter=schaft ihres Berufs sich nicht kräftig genug erwiesen hat, den Unternehmern Rechte für die Jugend abzutrotzen. Wenn der Bäckerlehrling seinen Freund aus dem Buchdruckgewerbe fragt, und dieser von gewerkschaftlichen Dingen eine Ahnung hat, dann kann er die Ursachen für die abgrundtiefe Verschieden=heit der Arbeitsbedingungen erfahren.

Der Wert des Urlaubs ist in den letzten Wochen und Monaten, als die Unternehmer bei der Kündigung der Manteltarifverträge ganz besonders auch Forderungen auf Verschlechterung der bereits erkämpften Urlaubsbestimmungen stellten, von neuem deutlich ins Licht gerückt worden. So mancher Arbeiter und auch jugendliche Arbeiter, der bisher seinen Urlaub hingenommen hat, als ob er schon seit Ewigkeiten bestanden hätte, wird im nächsten Jahr, wenn er ein paar Tage ausspannen möchte, schon merken, was ihm fehlt. Mit den sozialen Errungenschaften geht es eben ähnlich wie mit der Gesundheit. Sie kommt einem, wie der Philosoph Schopenhauer sagt, erst dann zu Bewusstsein, wenn sie nicht mehr da ist.

SPD. Nicht die Wirtschaft, sondern nur der Lohnabbau wurde durch Papens Belebungsexperimente angekurbelt. Die Lohndrücker wurden von oben ermutigt. So mussten in Sörnewitz bei Meissen in der Steingutfabrik A.G. 460 Stein=gutarbeiter 16 Tage lang gegen einen neuen Lohnabbauversuch auf Grund der Papenschen Notverordnung streiken. Die Firma hatte im vergangenen Jahr den Tariflohn um eine volle Ortsklasse herabgesetzt. Die Arbeiterschaft hatte dadurch eine Extraeinbusse von 10 Prozent erlitten. Trotzdem nun ein neuer Abbauversuch. Erfreulicherweise war der Streik nicht ohne Erfolg; der Lohnabzug wurde zu einem guten Teil abgewehrt. Jugendliche unter 16 Jahren werden von dem Abzug nicht betroffen.

Im Papen-Deutschland passieren wirklich merkwürdige Dinge. Da nimmt also eine Betriebsleitung die Steuergutscheine in Anspruch und dann lässt sie auch noch ihren Betrieb 16 Tage lang streiken wegen einer Lohnersparnis von etwa 300 Mark pro Woche - und das alles bei Löhnen, die für das Exi=stenzminimum kaum noch als ausreichend bezeichnet werden können. Wo bleibt da die Mahnung des Reichsarbeitsministers, dass ein Lohnabzug dort, wo die Löhne nur noch das Existenzminimum gewährleisten, nicht mehr vertretbar ist?

SPD. Der Streik im Nordwestdeutschen Stahlwerk in Neumünster (Schles=wig-Holstein) wurde erfolgreich abgeschlossen. Der Anschlag über die Lohn=senkung wurde von der Firma zurückgezogen. Die Arbeit ist zu den alten Be=dingungen wieder aufgenommen worden. Der Vorstoss gegen den Tariflohn, mit dem der Arbeitgeberverband einen Präzedenzfall schaffen wollte, wurde dank der geschlossenen Haltung der Belegschaft restlos abgeschlagen.